

**Gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse „Integration, Kultur, Arbeit und Wirtschaft“
und „Inneres, Soziales, Gesundheit und Senioren“ des Stadtteilbeirates Gröpelingen
am 18.11.2015**

Protokoll

Sitzungsort: Ortsamt West, Waller Heerstraße 99, 28219 Bremen

Arbeit Nr.: XII/03/15
Soziales Nr.: XII/03/15

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend sind:

Beiratsmitglieder „Integration und Arbeit“	Beiratsmitglieder „Inneres und Soziales“
Herr Hannes Grosch Herr Dieter Steinfeld Herr Muhammet Tokmak	Herr Norbert Holzapfel Herr Pierre Doutiné Frau Anne Hölting
SPD Bd. 90/Grüne SPD	CDU SPD Bd. 90/Die Grünen
Sachkundige BürgerInnen	Sachkundige BürgerInnen
Herr Aftab Chand Herr Stephan Heins	Frau Marion Bonk Frau Gabriela Grosch
SPD Die Linke	Die Linke SPD
Jugendparlament	ParteienvertreterInnen § 23(5) OrtG
Herr Senihad Sator	Frau Kristina Michaela Kruse

An der Teilnahme sind verhindert:

Herr Mehmet Genç
Herr Rolf Heide
Herr Adedipo Ogunyena
Frau Gisela Roos

Als Gäste können begrüßt werden:

Frau Dr. Petra Kodré Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Frau Dr. Susann Kluge Senator für Wirtschaft, Häfen und Arbeit / Arbeitsförderung
Herr Ralf Lüling - „ -

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- TOP 1: Genehmigung der Protokolle Nr. XII/02/15 v. 14.10.2015 (Integration und Arbeit) und Nr. XII/03/15 v. 23.09.2015 (Inneres und Soziales)**
- TOP 2: Beschluss der Tagesordnung**
- TOP 3: Flüchtlingsunterbringung im Stadtteil**
dazu: Frau Dr. Petra Kodré / Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend und Integration
- TOP 4: Staatlich geförderte Ehrenämter und berufliche Perspektiven im Stadtteil**
dazu: Frau Dr. Susann Kluge und Herr Ralf Lüling / Arbeitsförderung, Senator für Wirtschaft, Häfen und Arbeit
- TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten**
- TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedene**

TOP 1: Genehmigung der Protokolle Nr. XII/02/15 vom 14.10.2015 (Integration und Arbeit) und Nr. XII//03/15 (Inneres und Soziales)

Das Protokoll Nr. XII/02/15 wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 3: Flüchtlingsunterbringung im Stadtteil

Frau Dr. Kodré stellt die Notwendigkeit heraus, im Kontext unverändert hoher Zugangszahlen im Lande Bremen weitere Unterkunftsmöglichkeiten im Stadtteil zu erschließen. Dies erscheint angesichts eines nunmehr stärker geordneten Verfahrens insoweit erforderlich, als die übergangsweise in Anspruch genommenen Turnhallen Zug um Zug geräumt und die Zeltstädte vor dem herannahenden Winter aufgelöst werden sollen. Neben der Herrichtung einer weiteren, bereits im Bauantragsverfahren befindlichen, festen Unterkunft mit 70 Plätzen im Gebäude Schiffbauerweg 6, ist mittelfristig die Belegung des gegenwärtig noch durch hansewasser genutzten ehem. Verwaltungsgebäudes der AG Weser in der zweiten Jahreshälfte 2016 vorgesehen.

Positiv stellt Frau Dr. Kodré heraus, dass den bestehenden Trägern der Flüchtlingsarbeit (ASB und AWO) nun auch die Caritas, der Malteserbund sowie die Johanniter zur Seite treten.

Für den heutigen Abend steht eine Entscheidung zur Schaffung von UnterkunftsKapazitäten im ehem. Max-Bahr-Baumarkt an der Tucholskystraße (ca. 300 Plätze) und auf einem Ponton-Schiff (max. 440 Plätze) am Kohlehafen an. Beide Aufnahmemöglichkeiten sollen auf 3 Jahre beschränkt werden und die Fachbehörde zeigt sich bemüht, die projektierten Belegungszahlen nach Möglichkeit zu unterschreiten.

Im Ergebnis der Aussprache ergeht ein Beschluss des Doppelpenums, der die Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Baumarkt an der Tucholskystraße in Oslebshausen befürwortet, sich im Hinblick auf die Schiffseinquartierung von Flüchtlingen hingegen ablehnend äußert (Anlage 1).

TOP 4: Staatlich geförderte Ehrenämter und berufliche Perspektiven im Stadtteil

Frau Dr. Kluge und Herr Lüling informieren über die unterschiedlichen Förder- und Beschäftigungsmöglichkeiten, die sich im Stadtteil speziell an diejenigen Arbeitssuchenden richten, bei denen Vermittlungshemmnisse am ersten Arbeitsmarkt bestehen.

In der laufenden ESF-Förderperiode richten sich die Maßnahmen prioritär auf den engeren sozialen Raum und die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Fa. TERTIA, die im Kooperationsverhältnis mit dem jobcenter steht, hält für die arbeitsmarktnahe Beschäftigung im Gröpelinger Lichthaus 50 Plätze vor. Weitere 40 Plätze sind Menschen mit Migrationshintergrund in Walle zugeordnet.

Ergänzend zu diesen Angeboten hat das jobcenter über die Stadt verteilt 5 „Zentren für lokale Beschäftigung“ („LOBEZ“) eingerichtet. Jenes für den Bremer Westen befindet sich am Steffensweg. Diese dienen – arbeitsmarktferner als die Förderzentren von TERTIA – zur Requalifizierung von Langzeitarbeitslosen.

Insgesamt ist die Behörde bestrebt, eine differenzierte Palette an zielgruppenorientierten Angeboten zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt aufrechtzuerhalten.

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Die Fachausschussmitglieder äußern den Wunsch, vermehrt FA-Sitzungen in den Stadtteil hinein zu verlegen. Das QBZ als Tagungsort wird in diesem Zusammenhang ins Gespräch gebracht.

Die Wiederaufnahme von Besuchen verschiedener Einrichtungen anlässlich der Sitzungen im Stadtteil wird in diesem Zusammenhang erwogen.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedene

Es wird auf die mangelnde Standfestigkeit der Stele am ehemaligen Altersheim an der Gröpelinger Heerstraße hingewiesen. Der Werkvertrag des Herstellers wird auf entsprechende Pflichten überprüft und ggf. ergeht die Aufforderung an den Hersteller, die Halterungsschrauben entsprechend nachzubessern.

Vorsitz/Protokollant:

FA-Sprecher „Inneres“

FA-Sprecher „Integration“



Ingo Wilhelms



Norbert Holzäpfel

Stephan Heins

Beschluss des Beirates Gröpelingen

Flüchtlingsunterkünfte in Gröpelingen

hier: ehemaliges Max Bahr-Gebäude Reiherstraße / Pontonschiff im Kohlenhafen

Der Beirat Gröpelingen stimmt der Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Max-Bahr-Gebäude in der Reiherstraße zu, welches die maximale Anzahl von 350 Personen nicht übersteigen soll. Der Beirat besteht darauf, dass die Schulpflicht von Kindern und Jugendlichen spätestens nach drei Monaten ab Ankunft in Bremen aufgenommen wird.

Der Beirat Gröpelingen spricht sich ausdrücklich gegen die Bereitstellung eines Pontonschiffes für ca. 440 Flüchtlinge im Kohlenhafen aus und ist der Auffassung, dass der Standort Kohlenhafen für die Unterbringung, insbesondere von Familien mit Kindern, ungeeignet ist (u.a. Fehlen von Außenflächen, schlechte verkehrliche Anbindung, Lärmmissionen). Die zuständigen Behörden werden aufgefordert, alternative Standorte zu prüfen.

Bremen, den 19.11.2015

(einstimmiger Beschluss des Beirates Gröpelingen anlässlich der gemeinsamen Fachausschusssitzung „Inneres, Soziales, Gesundheit und Senioren“ und „Integration, Kultur, Arbeit und Wirtschaft“ am 18.11.2015)